

# Konkretisierungen der Verantwortung gesellschaftlicher Akteur\*innen



Thomas Beschorner, Andreas Herrmann und Markus Scholz<sup>1</sup>

## Kammerspiele – die Positionen der Kammern in Deutschland zum Thema Rechtsextremismus

### 1. Einleitung

Vor dem Hintergrund zunehmender rechtsextremistischer und -populistischer Entwicklungen in Deutschland haben in den vergangenen Monaten eine Vielzahl von Unternehmen und Wirtschaftsverbänden öffentlich Stellung bezogen.

Dass diese ökonomischen Akteure zu diesem Thema ihre Stimme erheben, ist wichtig. Rechtsextremisten und Populisten gefährden potentiell nicht nur die *Wettbewerbsfähigkeit* deutscher Unternehmen und stellen einen massiven *Reputationsschaden* für Deutschland dar, sondern sie bedrohen auch die *freiheitlich-demokratische Grundordnung* Deutschlands insgesamt – und damit die Idee der Sozialen Marktwirtschaft.

Zu den potenziell wirkmächtigen Akteuren eines Engagements für Demokratie zählen die Industrie- und Handelskammern und Handwerkskammern. In Deutschland vertreten sie zusammengenommen etwa fünf Millionen Unternehmen (vgl. DIHK o. J.; DGB 2022). Wie aber ist es um ein solches Engagement der Kammern bestellt?

Von Ausnahmen abgesehen<sup>2</sup>, sind Industrie- und Handelskammern und Handwerkskammern erstaunlicherweise eher zurückhaltend mit Positionierungen gegen Rechtsextremismus. Dies ist ein erkläruungsbedürftiges Phänomen, besteht doch große Einigkeit unter Expertinnen und Experten (vgl. manager-magazin 2024)<sup>3</sup> darin, dass es für eine Vielzahl von (wirtschaftlichen) Akteuren gilt, die Stimme zu erheben und geeignete Maßnahmen für eine plurale und offene Gesellschaft zu ergreifen. Die Kammern erscheinen dafür nicht nur aufgrund der großen Anzahl

- 
- 1 Unter Mitarbeit von Christoph Schank, Michelle Meggle und Jonas Schafler. Die Studie wurde ausschließlich durch Eigenmittel der Universität St. Gallen finanziert und hat keine Zuwendung durch Dritte erfahren.
  - 2 Die Präsidentin und Präsidenten von regionalen Industrie- und Handelskammern in Berlin und Brandenburg haben beispielsweise schon recht früh in der Diskussion eine gemeinsame Erklärung abgegeben und formuliert: »Diese rassistischen und menschenfeindlichen Überlegungen sind geeignet, dem internationalen Ansehen und dem Wirtschaftsstandort schweren Schaden zuzufügen« (Hoffman 2024).
  - 3 Dazu zählen u. a. die Ökonomen Micheal Hüther, Direktor des Instituts der deutschen Wirtschaft (IW), Marcel Fratzscher, Präsident des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) und die Wirtschaftswissenschaftlerin Veronika Grimm (vgl. z. B. manager-magazin 2024); auch die Studienautoren haben sich zu diesen Fragen geäußert: Beschorner (2024a); Beschorner/Scholz (2024); Scholz/Smith (2024); Scholz/Beschorner (2024); Scholz (2024).

ihrer Mitgliedsunternehmen bedeutsam, sondern auch, weil sie insbesondere auch kleine und mittlere Unternehmen vertreten.

Industrie- und Handelskammern und Handwerkskammern sind jedoch für die Thematik nicht nur deshalb interessant und relevant, weil sie eine große Anzahl von Unternehmen repräsentieren, sondern auch, weil sie als Kammern eine wichtige (institutionalisierte) Schnittstelle zwischen der Wirtschaft einerseits und Politik und Gesellschaft andererseits darstellen. In dieser Funktion kann es aus unserer Sicht daher nicht nur darum gehen, die Wünsche und Vorstellungen von Unternehmen gegenüber Gesellschaft und Politik zum Ausdruck zu bringen. Vielmehr sollten sich Kammern ebenso ganz ihrer eigenen Rolle als gesellschaftliche Akteure (jenseits der Rolle einer Interessenvertretung) bewusst sein. Die Gesellschaft hat aus unserer Sicht durchaus ein Anrecht darauf zu erfahren, wie die Kammern zu zentralen Themen unserer Zeit stehen.

Vor diesem Hintergrund haben wir im Frühjahr 2024 eine Studie in Form einer Vollbefragung der Industrie- und Handelskammern und Handwerkskammern in Deutschland durchgeführt, um die Positionen und Einschätzungen von Kammern näher zu ergründen. Diese betrifft sowohl ihre Positionierung als Kammern als auch die Einschätzungen seitens Kammervertreterinnen und -vertretern zu ihren Mitgliedsunternehmen.

Die Ergebnisse dieser Studie sind in vielfältiger Hinsicht interessant und deuten zudem auf eine dringend notwendige öffentliche Diskussion hinsichtlich eines rechtlich auferlegten ›Maulkorbs‹ gegenüber politischen Positionierungen von Kammern hin, der diese sogar für das Engagement für eine freiheitlich-demokratische Gesellschaft zurückschrecken lässt.

## 2. Studiendesign

### 2.1 Vorgehensweise

Im Rahmen der Vollerhebung dieser bundesweiten Studie wurden 79 Industrie- und Handelskammern sowie 53 Handwerkskammern in Deutschland mittels eines Fragebogens zum Thema Rechtsextremismus befragt.

Zur Erstellung, Versendung und Erfassung der erhobenen Daten wurde das wissenschaftliche UmfrageTool ›Unipark‹ verwendet. Der Fragebogen (siehe Anlage) selbst, wurde von den Studienautoren vor dem Hintergrund der aktuellen Diskus-

sion sowie wissenschaftlicher Debatten im Themenfeld Unternehmensverantwortung und der politischen Rolle von wirtschaftlichen Akteuren entwickelt.<sup>4</sup>

Der Erhebung lag eine Vorstudie mit einem Sample von insgesamt 20 Industrie- und Handelskammern und Handwerkskammern zugrunde. Diese diente einerseits zur Einschätzung der Teilnahmebereitschaft der Kammern im Rahmen der geplanten Untersuchung, die sich mit einer Rücklaufquote von circa 30 Prozent als zufriedenstellend erwies, wodurch die Studie entsprechend ausgeweitet werden konnte. Zum anderen ermöglichte uns die Vorstudie, den entwickelten Fragebögen hinsichtlich seiner inhaltlichen und methodischen Plausibilität zu testen, was lediglich zu geringen Änderungen für den Fragebogen der durchgeföhrten Vollerhebung führte.

Die Durchführung der Vorstudie erfolgte im Februar und März 2024, die der Vollerhebung im April und Mai 2024. Im Anschluss an die Versendung der Fragebögen wurden sowohl bei der Vorstudie als auch in der Gesamterhebung Erinnerungsmails (zweimal) versandt als auch telefonische Nachfassaktionen (ebenfalls zweimal) durchgeführt.

Die Auswertung der Daten erfolgte unter Verwendung des Datenanalyse-Tools SPSS, mit dem eine deskriptiv- und korrelativ-statistische Analyse und Auswertung erfolgte.

## 2.2 Die Stichprobe

Insgesamt umfasst die finale Stichprobe 37 Kammern, was einer Rücklaufquote von 28 Prozent der Grundgesamtheit entspricht. Davon stammen 27 (73 %) der Teilnahmen von Industrie- und Handelskammern und zehn (27 %) von Handwerkskammern. Damit sind Industrie- und Handelskammern leicht überrepräsentiert (60 % der Grundgesamtheit sind Industrie- und Handelskammern). Über die Regionen in Deutschland hinweg ist die Stichprobe relativ gleichmäßig verteilt. Um die Anonymität zu gewährleisten, wurden die Teilnahmen entsprechend ihrer Bundesländer in die Regionen Nord und Süd mit jeweils 13 Kammern (35 %) sowie Ost (Neue Bundesländer) mit elf (30 %) Kammern aufgeteilt (Näheres dazu in Abbildung 1). Insgesamt zeigt sich, dass die Kammern der Neuen Bundesländer gegenüber den Alten Bundesländern bezogen auf die Grundgesamtheit leicht überrepräsentiert sind (20 % Neue Bundesländer, 80 % Alte Bundesländer). Die Kammern der Neuen Bundesländer sind der Befragung also nicht auffallend aus dem Weg gegangen – im Gegenteil.

---

4 Zur allgemeinen wissenschaftlichen Diskussion im Themenfeld vgl. beispielsweise Scherer/Palazzo (2011); Heidbrink (2012); de los Reyes/Scholz (2023); Beschorner (2024b); für wissenschaftliche Beiträge im Themenbereich Unternehmen und Rechtsextremismus vgl. Kinderman (2023a; 2023b); Bergmann et al. (2024); Sallai et al. (2024); verschiedene Medienbeiträge zu dieser Thematik aus den vergangenen Monaten verfassten: Beschorner (2024a); Beschorner/Scholz (2024); Scholz/Smith (2024); Scholz/Beschorner (2024); Kinderman (2024); Scholz (2024).

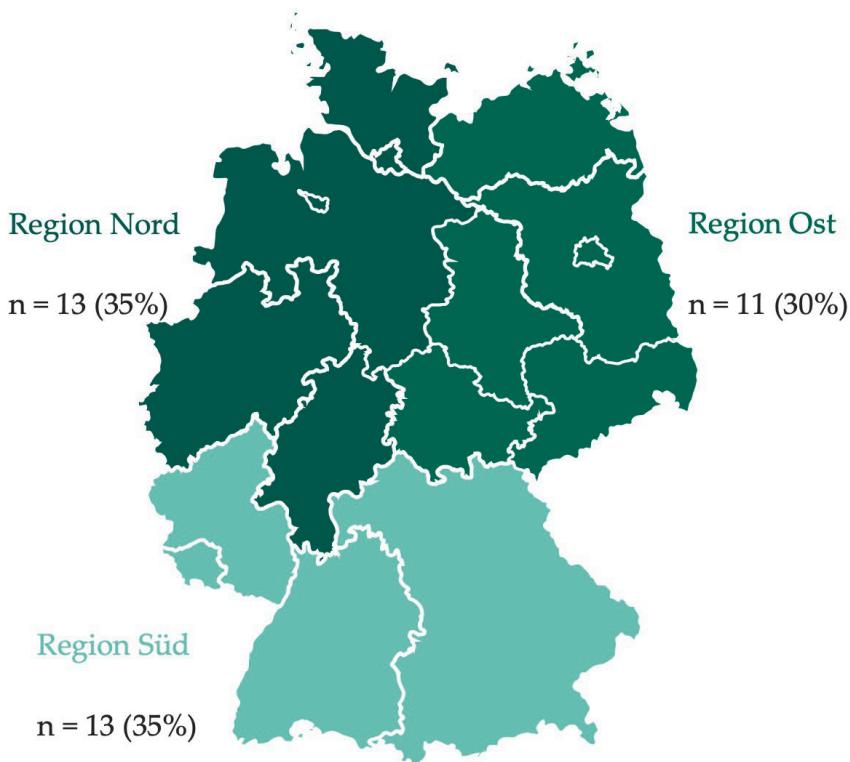


Abbildung 1: Einteilung der Stichprobe in drei Regionen (Quelle: eigene Darstellung)

### 2.3 Besonderheiten der Studie und methodische Limitationen

Eine Rücklaufquote von 28 Prozent kann für eine empirische Studie als durchaus zufriedenstellend betrachtet werden. Zugleich zeigten sich (bereits) bei der Durchführung unserer Untersuchung einige Besonderheiten: In der direkten schriftlichen und mündlichen Kommunikation mit den Kammern wurde deutlich, dass es sich bei dem Thema Rechtsextremismus sowie diesbezügliche Einschätzungen und Positionierungen durch Industrie- und Handelskammern und Handwerkskammern um eine für die Kammern sensible Thematik handelt. Dies spiegelt sich beispielsweise darin wider, dass nicht alle Kammern den Fragebogen vollständig ausgefüllt haben, verbunden mit dem Hinweis, dass sie sich zu bestimmten Fragen nicht äußern möchten oder dürften. Bemerkenswert ist damit zusammenhängend auch die relativ hohe Anzahl der Rückmeldungen von Kammern an die Studienautoren, die mit Verweis auf das Gebot der politischen Neutralität nicht an der Befragung teilgenommen haben. Wir kommen darauf später noch zurück.

In methodischer Hinsicht und für die spätere Interpretation sind diese Umstände insofern relevant, weil vermutet werden kann, dass vor allem jene Kammern an unserer Befragung teilgenommen haben, die in Bezug auf das Thema ohnehin aktiv sind oder bereits öffentlich Stellung bezogen haben. Es kann daher von einer Selbstselektion und einer gewissen Verzerrung innerhalb der erhobenen bzw. verfügbaren Daten ausgegangen werden.

Es gilt ferner zu berücksichtigen, dass es sich bei den Ergebnissen der Untersuchung um eine Momentaufnahme für den Zeitraum von März bis Mai 2024 handelt. Dieser Hinweis erscheint uns für die untersuchte Thematik zum Rechtsextremismus deshalb wichtig, weil – das zeigen die Diskussionen der vergangenen Monate unseres Erachtens sehr deutlich – man hinsichtlich von Einschätzungen, Positionierungen und der Realisierung von Handlungspraxen von Unternehmen und Wirtschaftsverbänden größere Veränderungen im Zeitverlauf und Dynamiken beobachten kann.

### 3. Zentrale Ergebnisse

#### 3.1 Rechtsextremismus als Gefahr für Wirtschaft und Wohlstand

Nahezu jede Kammer (96,8 %) stimmt zumindest teilweise darin überein, dass für Unternehmen des eigenen Kammerbezirks Rechtsextremismus ein bedeutsames Thema geworden ist. Der Blick auf rechtsextremistische Bestrebungen ist sorgenvoll: Ausnahmslos alle Kammern (67,6 % davon mit besonderem Nachdruck) erkennen im Rechtsextremismus einen Standortnachteil für Deutschland. Nur den eigenen Kammerbezirk in den Blick nehmend, verändert sich dieses Bild lediglich marginal. Lediglich zwei Industrie- und Handelskammern der Alten Bundesländer verbinden mit dem Rechtsextremismus (eher) keinen Standortnachteil für ihre Unternehmensmitglieder.

Auch wenn die Kammern den Rechtsextremismus als deutliche Gefahr für Wirtschaft und Wohlstand benennen, geben sie gleichzeitig Hinweise auf die Gründe für sein Erstarken: Mit 81,8 Prozent gibt eine eindeutige Mehrheit zu verstehen, dass rechtsextreme Parteien zumindest teilweise für Unternehmen relevante Themen ansprechen und dazu Gehör finden.

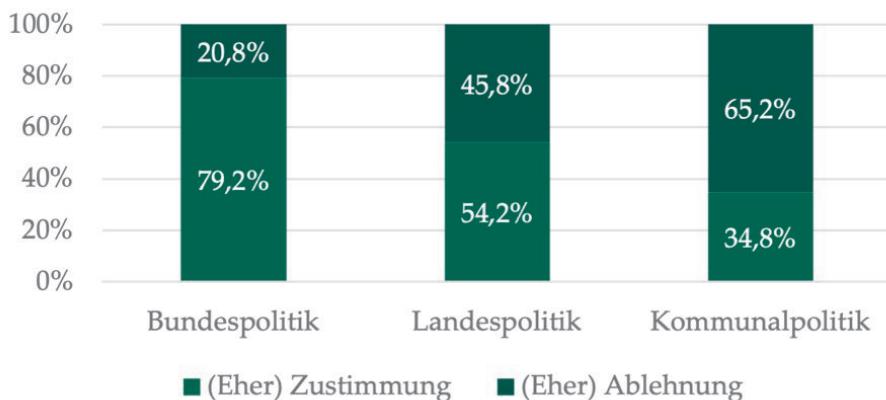
#### 3.2 Gründe für das Erstarken des Rechtsextremismus

Die Kammern wurden danach befragt, inwiefern sie den Rechtsextremismus in der jeweiligen Politik begründet sehen (vgl. Abbildung 2).

Eindeutig weisen die Kammer der Bundespolitik die größte Bedeutung bei; knapp 80 Prozent erkennen hierin zumindest teilweise die Ursache. Dahingehend wird der Einfluss der Landespolitik als weniger bedeutsam erachtet und nur noch rund die Hälfte der Kammern (54,2 %) kann hier zumindest teilweise den Ursprung rechtsextremistischer Bewegungen ausmachen. Auf der Ebene der Kom-

munalpolitik verorten nur relativ wenige Kammern (34,8 %) mindestens teilweise die Ursprünge und Treiber für Rechtsextremismus.

### Wir betrachten die Gründe für Rechtsextremismus in einer mangelhaften...



*Abbildung 2: Betrachtungen der Verantwortlichkeiten auf politischen Ebenen  
(Quelle: eigene Darstellung)*

### 3.3 Keine Alternative für den Wirtschaftsstandort Deutschland

Europakritisch, protektionistisch, gesellschaftlich rückwärtsgewandt – das wirtschaftspolitische Wahlprogramm der AfD und die Aussagen führender Parteimitglieder stellen zentrale Errungenschaften des europäischen Binnenmarktes, der gemeinsamen Währungspolitik und des internationalen Freihandels in Frage, sagen führende Expertinnen und Experten, beispielsweise der Ökonom Michael Hüther (vgl. manager-magazin 2024). Auch die Kammern beschäftigt und polarisiert die wirtschaftspolitische Programmatik der AfD erkennbar.

Ausnahmslos alle Kammern geben an, mit dem Vorhaben der AfD für die deutsche und europäische Wirtschaftspolitik vertraut zu sein (55,6 % stimmen dem voll und 44,4 % stimmen dem eher zu). Auffällig hierbei: Gerade die Kammern der Neuen Bundesländer geben sich als besonders gut informiert zu erkennen.

Entsprechend kritisch sehen die Kammern die wirtschaftspolitische Programmatik der AfD für ihre Mitglieder und den Standort Deutschland. Mit 84,6 Prozent benennt eine deutliche Mehrheit der Kammern die politische Zielsetzung der AfD als insgesamt nachteilig für die Wirtschaft, lediglich zwei Kammern (7,7 %) können diese Nachteile nicht erkennen. Je weniger Nachteile eine Kammer im Rechtsextremismus für den Wirtschaftsstandort erkennt, desto eher ist sie der Ansicht,

dass der Rechtsextremismus durchaus auch für Unternehmen relevante Punkte adressiert.<sup>5</sup> Eine auszugsweise affirmative Haltung von Kammervertreterinnen und -vertretern gegenüber dem Rechtsextremismus ist damit nicht auszuschließen.

Noch größere Einigkeit besteht in der Einschätzung darüber, ob sich die Wirtschaftspolitik der AfD als konkret förderlich für die eigenen Mitglieder erweisen würde: 85,6 Prozent verwerfen diese Annahme deutlich, weitere 15,4 Prozent überwiegend. Damit erkennt keine einzige Kammer Vorteile für die eigenen Mitglieder, sollte die AfD ihre Vorstellungen für die deutsche und europäische Wirtschaft umsetzen können.

Mit Sorge blicken die Kammern auf mögliche weitere politische Erfolge der Partei in der Zukunft – insbesondere für jene ihrer Mitglieder, die sich heute offen gegen die AfD positioniert. Mit 80 Prozent erwartet ein Großteil in unterschiedlichem Umfang negative Konsequenzen gerade für diese kritischen Unternehmen, die sich öffentlich gegenüber der Partei positionieren.

### *3.4 Positionierung: Stärkeres Engagement in den Alten Bundesländern*

Eine Vielzahl an Verbänden, Unternehmen und weiteren Organisationen treten dem Rechtsextremismus mit öffentlichen Stellungnahmen entgegen. Die befragten Kammern bilden hier keine Ausnahme und können mehrheitlich (70,6 %) auf eine öffentliche Stellungnahme gegen Rechtsextremismus und für eine freie und offene Gesellschaft verweisen. Dennoch sind hier klare Unterschiede zwischen den Industrie- und Handelskammern und den Handwerkskammern<sup>6</sup>, aber auch insbesondere zwischen den Kammern in den Alten und den Neuen Bundesländern zu attestieren<sup>7</sup> (vgl. *Tabelle 1*).

	Stellungnahme vorhanden	Stellungnahme nicht vorhanden
Industrie- und Handelskammern (IHK)	20	4
Handwerkskammern (HWK)	5	5
Alte Bundesländer	21	3
Neue Bundesländer	3	7

*Tabelle 1: Öffentliche Stellungnahmen gegen Rechtsextremismus (Quelle: eigene Darstellung)*

Sieben der befragten Kammern ohne öffentliche Stellungnahme (darunter 5 Handwerkskammern) möchten auch zukünftig auf eine solche verzichten, während sich drei Kammern gegenwärtig in der internen Kommunikation darüber befinden und eine Kammer konkret eine Stellungnahme vorbereitet.

<sup>5</sup> Rangkorrelation nach Spearman: Korrelationskoeffizient (r) -.479; Signifikanzniveau (p) < 0.05.

<sup>6</sup> Phi-Koeffizient: Korrelationskoeffizient (r).344; Signifikanzniveau (p) < 0.05.

<sup>7</sup> Phi-Koeffizient: Korrelationskoeffizient (r).575; Signifikanzniveau (p) < 0.01.

Die angezeigten Stellungnahmen verdeutlichen die Vielfalt der Kommunikation, auf die die Kammern zurückgreifen. Darunter zählen anlassbezogene Kommentare der Geschäftsführung, Mitgliedschaften in regionalen und überregionalen Bündnissen gegen Rechtsextremismus sowie umfassende Stellungnahmen für Vielfalt und Demokratie.

### *3.5 Kammer-Engagement erwünscht, aber politisch heikel*

Als Körperschaften des öffentlichen Rechts und Verbände, die ihre Unternehmen im Rahmen von Pflichtmitgliedschaften vertreten, sind die Kammern in einer politisch heiklen Situation. Zwar sollen sie für ihre Mitglieder und die Werte unserer Grundordnung eintreten, haben jedoch kein allgemeinpolitisches Mandat, das über die Stellungnahmen zu wirtschaftlichen und wirtschaftspolitischen Fragestellungen und Entwicklungen hinausgeht.

An dieser Stelle möchten wir einen kurzen Exkurs zu den besonderen rechtlichen Rahmenbedingungen von Industrie- und Handelskammern sowie Handwerkskammern unternehmen, da diese einen maßgeblichen Kontext für deren politisches Engagement darstellen. Industrie- und Handelskammern und Handwerkskammern sind Körperschaften des öffentlichen Rechts. Mit diesem rechtlichen Status gehen Verpflichtungen und Regularien für die Kammern einher, die beispielsweise im IHK-Gesetz von 1956 geregelt sind. Dort werden in § 1 die Aufgaben wie folgt beschrieben:

1. das Gesamtinteresse der ihnen zugehörigen Gewerbetreibenden ihres Bezirks, einschließlich der Gesamtverantwortung der gewerblichen Wirtschaft, die auch Ziele einer nachhaltigen Entwicklung umfassen kann, auf regionaler, nationaler, europäischer und internationaler Ebene wahrzunehmen,
2. für die Förderung der gewerblichen Wirtschaft ihres Bezirks zu wirken,
3. für die Wahrung von Anstand und Sitte der ehrbaren Kaufleute, einschließlich deren sozialer und gesellschaftlicher Verantwortung, zu wirken (§ 1 Absatz 1 Satz 1 IHKG).

In einem Urteil des Bundesverwaltungsgerichts (vgl. 2020), wiesen die Leipziger Richter den Kompetenzbereich mit Bezug zum IHKG expliziter aus und untersagten den IHK, ebenso wie ihrem Dachverband der DIHK, allgemeine politische Äußerungen. Sie stellten dabei explizit fest: »Es genügt nicht, dass die Folgen einer politischen Entscheidung in irgendeiner weiteren Weise auch die Wirtschaft berühren oder dass die Gewerbetreibenden im Kammerbezirk davon ebenso betroffen sind wie Andere« (ebd.: Ziffer 21). Allgemeine politische Stellungnahmen sind Kammern damit untersagt. Sie dürfen sich lediglich zu wirtschaftspolitischen Fragen äußern.

Für ein Engagement gegen Rechtsextremismus und für eine offene, demokratische Gesellschaft benötigen Kammern vor diesem rechtlichen Hintergrund sowohl die Unterstützung ihrer Mitglieder als auch ein neues regulatorisches Umfeld,

das politische Freiräume ermöglicht. Die Kammern gehen in der Praxis mit den vorgegebenen Rahmenbedingungen ausgesprochen unterschiedlich um.

Gespalten zeigen sich die Kammern bereits in der Frage, inwiefern sie sich für politische Äußerungen legitimiert sehen, wobei hier in den Untersuchungsergebnissen keine Unterschiede zwischen den Industrie- und Handelskammern und den Handwerkskammern sowie zwischen den Alten und Neuen Bundesländern erkennbar sind (vgl. *Tabelle 2*).

Stimme voll zu	10,7 %
Stimme eher zu	14,3 %
Stimme teilweise zu	17,9 %
Stimme eher nicht zu	25,0 %
Stimme überhaupt nicht zu	31,1 %

*Tabelle 2: Ergebnis des Items ›Wir sind als Kammer nicht für politische Äußerungen legitimiert‹ (Quelle: eigene Darstellung)*

Während der Status quo der regulatorischen Rahmenbedingungen von Kammern unterschiedlich interpretiert und gelebt wird, besteht ein vitales Interesse an einer stärkeren Positionierung gegen Rechtsextremismus: 83,3 Prozent der Kammern bringen zum Ausdruck, dass sie ihr Engagement zumindest in Teilen gerne verstärken würden.

Die vergleichsweise geringe Bereitschaft in den Neuen Bundesländern zu politischen Stellungnahmen gegen Rechtsextremismus (siehe oben) findet ihren Niederschlag auch in der Frage, ob das allgemeinpolitische Betätigungsverbot auch beim Thema Rechtsextremismus gelten solle (vgl. *Tabelle 3*). Auffallender noch als die statistische Signifikanz<sup>8</sup> ist, dass mehr als die Hälfte (6) der ostdeutschen Kammern hier keine Angabe tätigen, während die westdeutschen Kammern offener antworten.

	Alte Bundesländer	Neue Bundesländer
Stimme voll zu	1 (5,6 %)	2 (40 %)
Stimme eher zu	3 (16,7 %)	0
Stimme teilweise zu	2 (11,1 %)	3 (60 %)
Stimme eher nicht zu	5 (27,8 %)	0
Stimme überhaupt nicht zu	7 (38,9 %)	0

*Tabelle 3: Ergebnis des Items ›Wir betrachten es als angemessen, dass Kammern auch beim Thema Rechtsextremismus zu politischer Neutralität verpflichtet sind‹ (Quelle: eigene Darstellung)*

8 Cramer's V: Korrelationskoeffizient (r).723; Signifikanzniveau (p) < 0.05.

Nur selten werden die Kammern von ihren Mitgliedern bei ihrem politischen Engagement behindert. Der Aussage, eine Positionierung zum Thema Rechtsextremismus sei von ihren Mitgliedsunternehmen nicht gewünscht, kann lediglich eine Kammer (5,9 %) und auch diese nur teilweise zustimmen. Der absolute Großteil lehnt diese Aussage völlig (52,9 %) oder eher (41,2 %) ab. Ein konkretes Engagement, womöglich über eine kommunikative Positionierung hinaus, wird von den Kammern mit einer erkennbaren Tendenz beantwortet: Insgesamt 75 Prozent aller Kammern sind der Ansicht, ihre Mitglieder würden zumindest (eher) nicht sanktionieren, während 70,6 Prozent deutlich oder eher der Aussage zustimmen, ihre Mitglieder würden ein solches Engagement befürworten. Aber: Während sich 17 Kammern zu diesen beiden Fragen äußern, machen 14 Kammern keine Angaben. Offenbar ist die Frage für mehrere Kammern nur schwer einzuschätzen.

### *3.6 Unternehmen und Verbände in der Pflicht*

Während ein eigenes Engagement gegen Rechtsextremismus von manchen Kammern nur zögerlich ergriffen oder mit dem Verweis auf das fehlende allgemeinpolitische Mandat völlig abgelehnt wird, appellieren die Kammern umso deutlicher an ihre Mitgliedsunternehmen: Mit 96,2 Prozent ist die überwältigende Mehrheit der Befragten zumindest teilweise der Ansicht, dass Unternehmen sich manchmal in gesellschaftspolitische Fragen einmischen sollten (46,2 % stimmen hier sogar voll und weitere 42,3 % eher zu). Dabei fällt auf: Jene Kammern, die einer eigenen politischen Positionierung skeptisch bis ablehnend gegenüberstehen, sind auch tendenziell der Ansicht, Unternehmen sollten sich ausschließlich auf ihre wirtschaftlichen Kernaufgaben fokussieren.<sup>9</sup> Grundsatzfragen beantworten Kammern damit für sich selbst und Unternehmen grundsätzlich ähnlich, auch wenn ihren Mitgliedern ein deutliches Mandat ausgesprochen wird, sich gegen Rechtsextremismus engagieren zu können.

Dass sich immer mehr Unternehmen selbst positionieren oder aktiv gegen Rechtsextremismus vorgehen, begrüßen die Kammern vollumfänglich (84,6 % stimmen der Aussage voll und die restlichen 15,4 % eher zu). Auf höchstem Niveau sind es hierbei die Industrie- und Handelskammern, die ein solches Engagement herausragend würdigen.<sup>10</sup> Ähnlich hoch fällt die Zustimmung dafür aus, dass sich Unternehmensverbände auf die gleiche Art engagieren (95,8 % volle oder überwiegende Zustimmung).

Während die Entwicklung positiv betrachtet wird, wird der Status quo – also das gegenwärtige Engagement der Unternehmen gegen Rechtsextremismus – differenzierter betrachtet (vgl. *Tabelle 4*).

<sup>9</sup> Rangkorrelation nach Spearman: Korrelationskoeffizient (r).524; Signifikanzniveau (p) < 0.01.

<sup>10</sup> Cramer's V: Korrelationskoeffizient (r).525; Signifikanzniveau (p) < 0.05.

Stimme voll zu	0
Stimme eher zu	13,6 %
Stimme teilweise zu	45,5 %
Stimme eher nicht zu	31,8 %
Stimme überhaupt nicht zu	9,1 %

*Tabelle 4: Ergebnis des Items ›Deutsche Unternehmen tun genug, um Rechtsextremismus zu verurteilen und um auf die damit verbundenen Risiken hinzuweisen‹ (Quelle: eigene Darstellung)*

Unabhängig davon, ob es sich um eine Industrie- und Handelskammer oder eine Handwerkskammer handelt oder ob die Kammer in den Alten oder Neuen Bundesländern agiert, zeigt sich ein äußerst fragmentiertes Stimmungsbild. Da keine Kammer aber voll der Aussage zustimmen kann, dass Unternehmen genug zur Abwehr rechtsextremer Bewegungen tun, scheint hier generell noch Potenzial vorhanden zu sein. Mit 40,9 Prozent vollständiger oder eher ablehnenden Haltungen, gibt es darauf weitere deutliche Hinweise.

Die Kontroverse um politische Stellungnahmen vom Bundesverband der Deutschen Industrie e. V. (BDI) und anderen Spartenverbänden hat die befragten Kammern kaum erreicht: 95,5 Prozent lehnen die Aussage völlig oder eher ab, dass deren Positionierung gegen Rechtsextremismus das gebotene Maß überschreitet.

### 3.7 Strategien und Vernetzung

Im Kampf gegen Rechtsextremismus und für die freiheitlich-demokratische Grundordnung zeigen sich die Kammern gut über die Akteure in ihrem Umfeld informiert – 85,2 Prozent kennen zivilgesellschaftliche Organisationen unter Einbezug von Unternehmen und 88,9 Prozent kennen Unternehmerverbände, die sich gegen Rechtsextremismus einsetzen.

Uns als Kammer sind wirkungsvolle unternehmerische Strategien von Unternehmen gegen Rechtsextremismus bekannt.	46,4 %
Unsere Kammer kennt Unternehmerverbände, die sich gegen Rechtsextremismus einsetzen.	88,9 %
Unsere Kammer kennt zivilgesellschaftliche Organisationen, an denen auch Unternehmen beteiligt sind und die sich gegen Rechtsextremismus einsetzen.	85,2 %
Wir möchten wirkungsvolle unternehmerische Strategien gegen Rechtsextremismus kennenlernen	88,9 %
Wir möchten gemeinsam mit anderen Akteuren wirkungsvollen unternehmerischen Strategien gegen Rechtsextremismus entwickeln.	57,7 %
Unsere Kammer unterstützt Unternehmen mit Strategien gegen Rechtsextremismus.	44,4 %
Unsere Kammer ist an einer Vernetzung mit anderen Akteuren, die sich gegen Rechtsextremismus einsetzen, interessiert.	57,7 %

*Tabelle 5: Ergebnisse der Items zu Strategien und Vernetzung gegen Rechtsextremismus (Quelle: eigene Darstellung)*

Jedoch gehen die Ansichten darüber auseinander, ob die Kammern diese Rolle auch für sich selbst wahrnehmen wollen. Zwar zeigen sich die Kammern an wirkungsvollen Strategien gegen Rechtsextremismus sehr interessiert (88,9 %), jedoch möchte nur eine deutlich kleinere Gruppe diese auch gemeinsam mit anderen Akteuren entwickeln (57,7 %) oder sich mit jenen Akteuren überhaupt vernetzen (57,7 %). Entsprechend unterstützen gegenwärtig weniger als die Hälfte aller Kammern (44,4 %) Unternehmen in ihrem Engagement gegen Rechtsextremismus.

Dabei zeigen sich mehrere nachvollziehbare Zusammenhänge: Kammern, die das Engagement von Unternehmen und Unternehmensverbänden grundsätzlich begrüßen, nehmen auch selbst gerne eine aktivere Rolle ein und forcieren stärker die eigene Vernetzung.

#### **4. Interpretation der Ergebnisse und Handlungsempfehlungen**

Wie können die Studienergebnisse interpretiert werden, welche Handlungsempfehlungen sind daraus abzuleiten? Acht Themenbereiche erscheinen uns von besonderer Relevanz:

##### *Klare Haltung der Kammern*

Das Erstarken rechtsextremistischer und -populistischer Bewegungen und entsprechende parteipolitische Forderungen seitens der AfD werden von den Kammern deutlich und unmissverständlich als Gefahr für den europäischen und deutschen Wirtschaftsstandort und damit für den Wohlstand der Bundesrepublik Deutschland betrachtet. Sie betrachten die freiheitlichen, weltoffenen und integrativen Errungenschaften einer demokratischen Grundordnung als Garanten für den wirtschaftlichen Erfolg von Unternehmen in einer Sozialen Marktwirtschaft. Die Position der Kammern hierzu ist eindeutig! Von der grosso modo zu beobachtende Zurückhaltung der Kammern in der öffentlichen Diskussion kann somit nicht auf deren Haltung geschlossen werden.

##### *Rolle der (Bundes-)Politik*

Die Kammern verfolgen die Debatte um den Rechtsextremismus intensiv und interessiert. Sie sehen die Gründe für rechtsextremistischen Tendenzen dabei eher in der Ausgestaltung der Bundespolitik (etwa 80 Prozent) als in der Politik auf Länder- oder kommunaler Ebene.

Aus diesem Befund kann geschlossen werden, dass alle Kammerbezirke ähnliche Problematiken teilen und sie nicht davon ausgehen, dass politische Weichen gegen Rechtsextremismus auf einer regionalen oder lokalen Ebene gestellt werden können. Es ist ebenso gut möglich, dass die Ergebnisse Ausdruck einer allgemeinen Unzufriedenheit der Kammern mit der Bundespolitik sind, die beispielsweise die

Präsidenten der ostdeutschen Industrie- und Handelskammern in einem offenen Brief im Januar 2024 artikuliert haben (vgl. IHK Erfurt 2024).

### *Unternehmen und Kammern als (auch) politische Akteure*

Die befragten Kammern sehen keine prinzipielle Trennung zwischen der Sphäre der Wirtschaft und dem Politischen, sondern vertreten mit einer großen Mehrheit die Ansicht, dass Unternehmen sich zumindest anlassbezogen in gesellschaftspolitische Fragen einmischen sollten. Ihre eigene Rolle zu dieser Grundsatzfragen beantworten die Kammern für sich selbst und für Unternehmen ähnlich. Zu diesem Befund passt das Bewusstsein der Kammern, dass Unternehmen und Kammern von der Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus nicht ausgenommen sind, sondern das Thema für sie relevant, verbreitet und ausgeprägt ist (nahezu jede Kammer [96,8 %] ist dieser Auffassung).

### *Sanktionen durch Kammermitglieder?*

Entgegen einigen öffentlichen Kontroversen sehen nur wenige Kammern eine Gefahr darin, dass ein politisches Engagement gegen Rechtsextremismus am Widerstand ihrer Mitglieder scheitern könnte – auch wenn die Ergebnisse nahelegen, dass sich hierzu noch nicht jede Kammer eine abschließende Meinung gebildet hat. Auch den Spitzenverbänden der Wirtschaft wird hier ein großer Handlungsspielraum zugestanden.

### *Konsequenzen für Unternehmen*

Ein Großteil der Kammern (80 %) gibt zugleich an, dass sie (in unterschiedlichem Umfang) negative Konsequenzen für Unternehmen, die sich öffentlich gegenüber der AfD positionieren, durch deren Stakeholder erwarten. Sollte dies von den Unternehmen ebenso gesehen werden, so liefert dies eine mögliche Erklärung dafür, dass die Potentiale von Unternehmensengagement gegen Rechtsextremismus (nach Einschätzung der Kammern) noch nicht ausgeschöpft sind.

### *AfD spricht für Unternehmen relevante Themen an*

Bemerkenswert ist, dass die Kammern rechtsextremen Bewegungen und der AfD trotz umfassender Ablehnung ihrer Anliegen attestieren, mit ihren Aussagen Unternehmen durchaus erreichen zu können. So geben gut 80 Prozent der befragten Kammern an, dass von rechtsextremen Strömungen und der AfD zumindest teilweise für Unternehmen relevante Themen angesprochen werden.

Dieser Befund legt aus unserer Sicht zwei Empfehlungen nahe: *Erstens* erscheint es weiterhin notwendig, Aufklärungen bei Unternehmen hinsichtlich der negativen wirtschaftlichen (und politischen) Folgen von Rechtsextremismus und bspw. durch die AfD zu betreiben. *Zweitens* – und damit zusammenhängend – erscheinen die Kammern aufgrund ihrer klaren Haltungen und ihren guten Informations-

stand geeignet, um eine derartige Aufklärungsarbeit bei ihren Mitgliedsunternehmen durchzuführen.

Für diese Empfehlung spricht ferner, dass die Kammern ein Engagement von Unternehmen als wichtig erachten und wertschätzen (ganz ebenso wie Initiativen von Unternehmensverbänden), zugleich aber die Potenziale von Unternehmensengagement gegen Rechtsextremismus seitens ihrer Mitglieder als noch nicht ausgeschöpft betrachten. Etwa 40 Prozent der Kammern widersprechen der Auffassung, dass Unternehmen genug gegen Rechtsextremismus unternehmen.

### *Öffentliche Positionierung*

Obwohl Unternehmen in den Alten wie in den Neuen Bundesländern die gleichen Überzeugungen gegenüber dem Rechtsextremismus teilen, agiert man im Osten zögerlicher, zurückhaltender und weniger öffentlich. Hier hadern Unternehmen mit der Rolle als politische Akteure und nehmen nur geringe Spielräume im politischen Handeln wahr. Eine mögliche Erklärung für diesen Befund ist der höhere gesellschaftliche Zuspruch für die AfD in den östlichen Bundesländern.

### *Kammern – auf der Suche nach der eigenen Rolle*

Die Kammern hadern mit den regulatorischen Rahmenbedingungen und müssen große Anstrengungen erbringen, um ihre eigene Rolle zu finden:

Einerseits gibt es ein vitales Interesse an einer stärkeren Positionierung und das Ergreifen von konkreten Maßnahmen gegen Rechtsextremismus. So bringen 83,3 Prozent der Kammern zum Ausdruck, dass sie ihr Engagement zumindest in Teilen gerne verstärken würden. Dies korrespondiert auch mit der klaren Haltung der Kammern zur Thematik (siehe oben).

Andererseits deuten unsere Studienergebnisse recht deutlich auf eine große Verunsicherung der Kammern gegenüber dem Themenfeld hin, die sich in einem insgesamt (vergleichsweise) zögerlichen Umgang gegen Rechtsextremismus wider spiegelt. Die Gründe dafür – das zeigt unsere Studie sehr deutlich – liegen in den rechtlichen Vorschriften für Kammern, die ihnen keine allgemeinpolitischen Äußerungen gestatten. Interessant ist dabei jedoch die Beobachtung, dass die Kammern die gegebenen Parameter ausgesprochen unterschiedlich interpretieren, anders mit ihnen umgehen und sich teilweise deutlich größere Handlungsspielräume einräumen.

Dies spiegelt sich beispielsweise in der breiten Streuung der Antworten zu den Fragen wider, ob die Kammern für politische Äußerungen legitimiert sind und ob sie auch beim Thema Rechtsextremismus zu politischer Neutralität verpflichtet sind (siehe Tabellen 2 und 3). Auch hinsichtlich der Unterstützung ihrer Mitglieder bei Strategien gegen Rechtsextremismus zeigen sich deutliche Unterschiede zwischen den Kammern: Etwa die Hälfte gibt an entsprechende Unterstützung anzubieten, während die andere Hälfte darauf zu verzichten scheint.

Insgesamt auffällig ist auch, dass Kammern, die das Engagement von Unternehmen und Unternehmensverbänden grundsätzlich begrüßen, auch selbst gerne eine aktiver Rolle gegen Rechtsextremismus einnehmen möchten und im höheren Maße an Vernetzungen mit anderen (wirtschaftlichen wie zivilgesellschaftlichen) Akteuren interessiert sind.

Die Verunsicherung der Kammern im Umgang mit Rechtsextremismus sowie die unterschiedlichen Interpretationen ihrer eigenen (politischen) Rolle zur gegebenen Thematik sind zentrale Befunde unserer Studie. Welche Maßnahmen können zur Abhilfe dieser Umstände und zur Entfaltung eines vitalen Engagements von Kammern für eine freiheitlich-demokratische Grundordnung ergriffen werden?

Wir möchten, *erstens*, einen stärkeren Austausch der Kammern zur Thematik untereinander anregen, weil das durchaus breite Spektrum von Positionen, Positionierungen und gelebten Praktiken aus unserer Sicht ein großes Potential für gegenseitige Lernprozesse verspricht. Entsprechende Formate könnten nicht nur die Unsicherheit von Kammern im Umgang mit Rechtsextremismus aufgrund regulatorischer Vorgaben reduzieren und die Kammern mutiger agieren lassen. Sie könnten auch dazu beitragen, wirkungsvolle (unternehmerische) Strategien gegen Rechtsextremismus kennenzulernen, an denen nahezu 90 Prozent der Kammern interessiert sind.

Federführende Rollen bei derartigen thematischen Vernetzungen kann den Dachverbänden beider Kammern (als Kammern der Kammern), die Deutsche Industrie- und Handelskammer (DIHK) und der Zentralverband des Handwerks (ZDH), zukommen. Ebenso können diesbezüglich regionale Austauschformate auch zwischen den Industrie- und Handelskammern und Handwerkskammern (übergreifend) zielführend sein.

Es scheint uns, *zweitens*, dringend erforderlich zu sein, mehr Transparenz hinsichtlich des politischen Neutralitätsgebots der Kammern im Kontext der Diskussionen zum Thema Rechtsextremismus zu schaffen. Die derzeitigen rechtlichen Vorgaben oder die Interpretation dieser Regulierungen durch die Kammern (sie werden als ›Maulkorb‹ wahrgenommen) sind ein zentrales Hemmnis für die Industrie- und Handelskammern und Handwerkskammern, sich in einem stärkeren Maße für eine freiheitlich-demokratische Grundordnung einzusetzen.

Wir möchten daher als konkrete Maßnahme ein Rechtsgutachten anregen, das die Frage nach (den Grenzen) der politischen Neutralität von Kammern im Falle des Engagements für eine freiheitlich-demokratische Grundordnung eingehender beleuchtet.

Unter welchen Bedingungen sind Kammern legitimiert, sich für Freiheit und Demokratie einzusetzen? Welche Formen von Verlautbarungen und welche Maßnahmen sind dafür aus einer rechtlichen Sicht statthaft? Die Beantwortung dieser und weiterer Fragen ist aus unserer Sicht von zentraler Bedeutung zur Schaffung der Möglichkeiten für ein Engagement der Kammern in dem hier diskutierten Themenfeld.

Aus (wirtschafts-)ethischer Sicht wollen wir in diesem Zusammenhang auf zwei gravierende Widersprüche einer derart weitreichenden Interpretation der Rechtslage hinweisen, die den Kammern gar eine Fürsprache für eine freiheitlich-demokratische Grundordnung untersagt:

Die Idee und die Praxis einer wohlverstandenen Sozialen Marktwirtschaft ist, darauf hat schon Walter Eucken (1952) mit dem Begriff der ›Interdependenz der Ordnungen‹ hingewiesen, auf das Engste mit einer demokratischen Grundordnung und individueller Freiheit verbunden (vgl. dazu im Kontext der aktuellen Diskussion zum Thema Rechtsextremismus: Beschorner/Scholz 2024). Das Eintreten für eine demokratische Gesellschaft ist damit nicht einer von vielen Einzelparametern, der, »in irgendeiner weiteren Weise auch die Wirtschaft« (Bundesverwaltungsgericht 2020: Ziffer 21) berührt, sondern charakterisiert die Bedingungen des Wirtschaftens (wenigstens in einer Sozialen Marktwirtschaft) überhaupt.

Damit zusammenhängend: Der § 1 Abs. 1 Satz 1 des IHKG notiert an zentraler Stelle die Relevanz von Unternehmensverantwortung. Dort heißt es: Die Industrie- und Handelskammern haben die Aufgabe »für die Wahrung von Anstand und Sitte der ehrbaren Kaufleute, einschließlich deren sozialer und gesellschaftlicher Verantwortung, zu wirken« (ebd.). In der akademischen wirtschaftsethischen Diskussion kann es als Konsens betrachtet werden, dass das Eintreten für Demokratie, Inklusion und eine offene Gesellschaft eine wesentliche Aufgabe von Unternehmen ist.

## Literaturverzeichnis

- Bergmann, K./Diermeier, M./Kinderman, D./Schroeder, W. (2024): Die deutsche Wirtschaft und die AfD. Erfahrungen, Befunde und erste Forschungsergebnisse. WZB Discussion Paper.
- Beschorner, T. (2024a): AfD und die Wirtschaft. Eine brandgefährliche Liaison, in: Zeit Online vom 12.01.2024.
- Beschorner, T. (2024b): Cultural Business Ethics: A Multilevel Theory, in: ORDO – Jahrbuch für die Ordnung von Wirtschaft und Gesellschaft, 74.
- Beschorner, T./Scholz, M. (2024): Unternehmen als politische Akteure, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 31.01.2024.
- Bundesverwaltungsgericht (2020): ECLI DE:BVerwG:2020:141020U8C23.19.0. Link: <https://www.bverwg.de/de/141020U8C23.19.0> (zuletzt abgerufen am 12.06.2025).
- de los Reyes, G./Scholz, M. (2023): Assessing the Legitimacy of Corporate Political Activity: Über and the Quest for Responsible Innovation, in: Journal of Business Ethics, Vol. 184/No. 1, 51–69.
- DIHK (o. J.): Einige Fakten rund um die DIHK. Link: <https://www.dihk.de/de/ueber-uns/fakten> (zuletzt abgerufen am 12.06.2025).
- DGB (2022): Fakten zur Selbstverwaltung im Handwerk. Link: <https://www.dgb.de/aktuelles/news/fakten-zur-selbstverwaltung-im-handwerk/> (zuletzt abgerufen am 12.06.2025).
- Heidbrink, L. (2012): Unternehmen als politische Akteure. Eine Ortsbestimmung zwischen Ordnungsverantwortung und Systemverantwortung/Companies as Political Actors. Locating Regulatory Responsibility and Systemsresponsibility, in: Ordo, Vol. 63/No. 1, 203–232.

- Hoffmann, K. P. (2024): »Entsetzt über rechte Hetze« Industrie und Handelskammern in Berlin und Brandenburg geben Erklärung ab, in: Tagesspiegel vom 15.01.2024.
- IHK Erfurt (2024): Offener Brief an den Kanzler: Ostdeutsche IHK-Präsidenten kritisieren Regierungshandeln scharf. Link: <https://www.ihk.de/erfurt/presse/pressemitteilungen/offener-brief-an-den-kanzler-ostdeutsche-ihk-praesidenten-kritisieren-regierungshandeln-scharf-6047250> (zuletzt abgerufen am 12.06.2025).
- Kinderman, D. (2023a): Business Associations and Right-wing Populism, in: Feldmann, M./Morgan, G. (eds.): Business and Populism: The Odd Couple?, Oxford: Oxford University Press, 263–284.
- Kinderman, D. (2023b): Donald Trump, Anti-Establishment Populism and the Revolving Door Between Business and Politics in the United States, in: Zeitschrift für Unternehmensgeschichte, Vol. 68/No. 2, 289–314.
- Kinderman, D. (2024): Wie sich die Wirtschaft erfolgreicher gegen Rechtspopulismus engagieren kann, in: Handelsblatt vom 09.04.2024.
- Manager-magazin. (2024): IW-Chef zu AfD-Plänen. »Dexit« würde laut Ökonomen 2,2 Millionen Arbeitsplätze kosten. Link: <https://www.manager-magazin.de/politik/deutschland/af-d-dexit-wuerde-laut-oekonomen-2-2-millionen-arbeitsplaetze-kosten-a-60ba7da1-48d6-4e8e-9e03-566711ffe64a> (zuletzt abgerufen am 12.06.2025).
- Sallai, D./Schnyder, G./Kinderman, D./Nölke, A. (2024): The Antecedents of MNC Political Risk and Uncertainty Under Right-Wing Populist Governments, in: Journal of International Business Policy, Vol. 7/No. 1, 41–63.
- Scherer, A. G./Palazzo, G. (2011): The New Political Role of Business in a Globalized World: A Review of a New Perspective on CSR and its Implications for the Firm, Governance, and Democracy, in: Journal of Management Studies, Vol. 48/ No. 4, 899–931.
- Scholz, M. (2024): Wie viel Verantwortung hat die Wirtschaft, in: Die Presse vom 14.02.2024.
- Scholz, M./Beschorner, T. (2024): Weckruf gegen rechts außen, in: Handelsblatt vom 21.02.2024.
- Scholz, M./Smith, N. C. (2024): When Companies Have a Responsibility to Speak out on Politics, in: Forbes India vom 28.02.2024.

## Anhang: Fragebogen

### Fragen zur Kammer

---

Unsere Kammer befindet sich im Bundesland

#### Unsere Kammer ist tätig

- vorwiegend im ländlichen Raum
- eher im ländlichen Raum
- eher im städtischen Raum
- vorwiegend im städtischen Raum

#### Wir sind eine

- Industrie- und Handelskammer       Handwerkskammer

**1. Allgemeiner Teil**

	Stimme voll zu			Stimme überhaupt nicht zu	Keine Angabe
Wir nehmen das Thema Rechtsextremismus für die Unternehmen unserer Kammer als bedeutsam wahr	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Wir betrachten Rechtsextremismus als Standornachteil für Deutschland insgesamt	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Wir betrachten Rechtsextremismus als Standornachteil für die Unternehmen unserer Kammer	—	—	—	—	—
Wir betrachten die Gründe für Rechtsextremismus in einer mangelhaften Bundespolitik	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Wir betrachten die Gründe für Rechtsextremismus in einer mangelhaften Landespolitik	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Wir betrachten die Gründe für Rechtsextremismus in einer mangelhaften Kommunalpolitik	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Wir betrachten die wirtschaftspolitische Programmatik der AfD als förderlich für die Unternehmen unserer Kammer	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Wir betrachten die parteipolitischen Ziele der AfD insgesamt als nachteilig für die Wirtschaft	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>

**2. Öffentliche Stellungnahme**

Unsere Kammer hat zu den rechtsextremistischen Entwicklungen in Deutschland öffentlich Stellung bezogen

Wenn ja, Link zur Stellungnahme (optional):

Wenn nein, zum Thema Rechtsextremismus...

- ... beabsichtigen wir keine öffentliche Stellungnahme
- ... diskutieren wir gerade, ob wir eine öffentliche Stellungnahme publizieren wollen
- ... befinden wir uns in den Vorbereitungen für eine öffentliche Stellungnahme

**3. Einschätzungen**

	Stimme voll zu		Stimme überhaupt nicht zu	Keine Angabe
Wirtschaft und Politik sind getrennte Sphären	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Unternehmen sollten sich manchmal in gesellschaftspolitische Fragen einmischen	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Unternehmen sollten sich ausschließlich auf ihre Kernaufgaben (Produkte/ Services anbieten, Innovation generieren etc.) fokussieren	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Wir sind als Kammer nicht für politische Äußerungen legitimiert	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Wir betrachten es als angemessen, dass Kammern auch beim Thema Rechtsextremismus zu politischer Neutralität verpflichtet sind	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Wir würden uns als Kammer gerne stärker gegen Rechtsextremismus positionieren	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Der BDI und andere Spitzenverbände gehen mit ihren Stellungnahmen gegen Rechtsextremismus zu weit	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Wir begrüßen, dass sich zunehmend mehr Unternehmen gegen Rechtsextremismus einsetzen	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Unsere Mitglieder wollen nicht, dass wir uns zum Thema Rechtsextremismus politisch positionieren	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
	Stimme voll zu		Stimme überhaupt nicht zu	Keine Angabe
Wir begrüßen, dass sich zunehmend mehr Unternehmensverbände gegen Rechtsextremismus einsetzen	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Unsere Mitglieder würden ein politisches Engagement unserer Kammer gegen Rechtsextremismus befürworten	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Unsere Mitglieder würden unsere Kammer bei einem Engagement gegen Rechtsextremismus sanktionieren	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Die negativen Folgen für den Wirtschaftsstandort Deutschland bei einem Erstarken von Rechtsextremismus werden überschätzt	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Die Rechtsextremisten sprechen einige für Unternehmen relevante Themen an	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Der Rechtsextremismus in Deutschland ist ein Standornachteil	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>